



Es geht um Stuttgart: Die SPD-Fraktion informiert.

Energie- und Wasserversorgung Verantwortung zurück in städtische Hand



Manfred Kanzleiter

Die Energie- und Wasserversorgung sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen – denn der Markt ist blind für soziale Belange.

Leistungen der Daseinsvorsorge müssen den Bürgerinnen und Bürgern zu angemessenen Preisen in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Angesichts der voranschreitenden Liberalisierung fast aller Lebensbereiche durch die europäische und nationale Politik wird immer klarer, dass der vollständige Verkauf des städtischen Unternehmens der Energie- und Wasserversorgung, den NWS, eine falsche politische Entscheidung war. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Wir Sozialdemokraten in Stuttgart akzeptieren für die Zukunft nicht mehr, dass die Landeshauptstadt als einzige Großstadt in Deutschland letztlich keinerlei Einfluss darauf hat, wer unsere Wasser-, Gas- und Stromversorgung betreibt.

Wir sind froh, dass andere Städte ähnlich denken: So hat die französische Hauptstadt Paris ihre privatisierte Wasserversorgung wieder in die eigene Hand genommen. Unsere Nachbarstadt Esslingen prüft den Rückkauf der „versilberten“ Netze der Energieversorgung. Auch der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Ivo Gönner (Ulm), spricht sich für die Stärkung von Stadtwerken aus und empfiehlt Kommunen die Energie- und Wasserversorgung in die eigene Hand zu nehmen.

Zur Wiederherstellung des Einflusses der Landeshauptstadt auf die Energie- und Wasserversorgung wollen wir, dass die Stadt ihre verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung zurück erwirbt.

Im Jahre 2013 werden die Konzessionen zum Betrieb der Energie- und Wasser-netze in Stuttgart neu vergeben. Es ist davon auszugehen, dass dafür eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Diese ist von uns nicht gewollt und kann vermieden werden, wenn die Landeshauptstadt das Eigentum an den Netzen für Wasser, Strom und Gas von der EnBW erwirbt.



© picture alliance

Klare Sache - Wir wollen den Rückerwerb der verkauften Anteile an der Bodensee- u. Landeswasserversorgung!

Im Zusammenhang mit einem Rückkauf muss ferner entschieden werden, ob die Energie- und Wassernetze durch ein neu zu gründendes Stadtwerk, oder nach Ausschreibung der Betreiberaufgabe unter strengen Qualitätsbedingungen weiterhin durch die EnBW oder durch einen Dritten betrieben werden sollen.

■ **Manfred Kanzleiter**
Fraktionsvorsitzender

Die Zukunft der Wasserversorgung in Stuttgart

■ Die Stadt Stuttgart hat 2002 ihre Wasserversorgungsanlagen an die EnBW verkauft.

Wenn nach dem Ende des Konzessionsvertrages mit der EnBW zur Trinkwasserversorgung im Jahr 2013 erneut eine Konzession erteilt werden soll, unterliegt dies zwar nicht der EG-Vergaberichtlinie für öffentliche Aufträge, es sind aber die EG-Grundsätze der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren zu beachten. Wird hiergegen verstoßen, führt dies zur Nichtigkeit des Vertrages.

Im neuen Konzessionsvertrag sind angemessene Rückübertragungsregeln, Mitbestimmungsrechte der Stadt für Ausbau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Kontrollrechte zu regeln. Problematisch ist, ob nach heutiger Rechtslage ein solcher Anspruch der Stadt Stuttgart gegen die EnBW auf Rückkauf der Versorgungsanlagen besteht. Von OB Schuster wird dies verneint.

Will man die Rechtsfolge der Ausschreibungspflicht vermeiden, bleibt nur die Möglichkeit eines Rückkaufs der Versorgungsanlagen und die Aufgabenerfüllung durch einen Eigenbetrieb oder eine von der Stadt beherrschte Eigengesellschaft (z.B. eine GmbH). Im Wege der Ausschreibung nach der EG-Richtlinie für öffentliche Aufträge könnte dann auch ein Privater als Betriebsführer/Betreiber eingesetzt werden. Auch die Gründung und Auftragserteilung an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen wäre nach dem EG-Vergaberegime ausschreibungspflichtig und könnte nicht freihändig erfolgen.

■ **Dr. Gerald G. Sander** · Rechtsanwalt

Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter

Regelmäßige Umfragen belegen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart wohl fühlen. Dafür verantwortlich sind u.a. die schöne Landschaft sowie das reichhaltige Angebot für Bildung, Kultur, Freizeit und Sport. Vor allem tragen viele gute Arbeitsplätze und eine gut funktionierende Infrastruktur zur Zufriedenheit bei.

Stuttgarts Bürgerinnen und Bürger schätzen das Leben in ihren Stadtteilen und identifizieren sich mit ihnen. Wir Sozialdemokraten setzen uns deshalb für ein gutes Wohnumfeld, die Sicherung der Nahversorgung und gute Bedingungen für das Engagement der Vereine und Or-

ganisationen ein. Zu den Kernaufgaben der Kommunalpolitik gehört auch die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bezirksbeiräte. Über deren direkte Wahl durch die Bürgerschaft wollen wir in den nächsten Jahren diskutieren und entscheiden. Als Kommunalpolitiker ringen wir täglich um die weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse. In diesem Informationsblatt sprechen wir einige Themen an, die uns wichtig sind. Bildung und Betreuung sind Schwerpunkte unserer Arbeit im Gemeinderat. Es ist zahlreichen Initiativen der SPD-Gemeinderatsfraktion zu verdanken, dass die Betreuungssituation für unsere Kinder deutlich verbessert wurde.

Dennoch ist hier in den nächsten Jahren noch viel zu tun.

Ihre Anliegen sind bei uns in guten Händen. Scheuen Sie nicht mit uns Kontakt aufzunehmen. Sagen Sie uns bereits heute bitte Ihre Meinung zur Zukunft unserer Energie- und Wasserversorgung. Ein großer Rücklauf der beigefügten Postkarte erleichtert uns diese zu erkennen. **Die SPD-Fraktion wünscht Ihnen frohe Feiertage und alles Gute für das Jahr 2009.**



Ihr Manfred Kanzleiter
Fraktionsvorsitzender

Ihre Ansprechpartner in der SPD-Gemeinderatsfraktion:

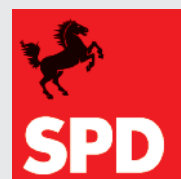
- **Manfred Kanzleiter**
Fraktionsvorsitzender
Mühlhausen · Münster
Telefon: 07 11/216 25 03
E-Mail: manfred.kanzleiter@stuttgart.de
- **Monika Wüst**
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Stuttgart-Ost
Telefon: 07 11/24 44 91
E-Mail: monika.wuest@stuttgart.de
- **Annette Sawade**
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Sillenbuch · Heumaden · Riedenberg
Telefon: 07 11/47 81 19
E-Mail: annette.sawade@stuttgart.de
- **Robert Baumstark**
Feuerbach · Weilimdorf
Telefon/Telefax: 07 11/85 52 55
E-Mail: robert.baumstark@stuttgart.de

- **Dr. Roswitha Blind**
Möhringen · Vaihingen · Rohr
Telefon: 07 11/99 74 887
E-Mail: roswitha.blind@stuttgart.de
- **Ergun Can**
Degerloch
Telefon: 07 11/76 57 435
E-Mail: ergun.can@stuttgart.de
- **Marita Gröger**
Bad Cannstatt
Telefon/Telefax: 07 11/52 66 71
E-Mail: marita.groeger@stuttgart.de
- **Jürgen Guckenberger**
Stuttgart-Mitte · Stuttgart-West
Telefon: 07 11/61 12 24
E-Mail: juergen.guckenberger@stuttgart.de
- **Dr. Maria Hackl**
Birkach · Plieningen
Telefon: 07 11/76 55 452
E-Mail: Maria.Hackl@stuttgart.de

- **Prof. Dr. Rainer Kußmaul**
Hedelfingen · Rohrer · Wangen
Telefon/Telefax: 07 11/44 28 83
E-Mail: rainer.kussmaul@stuttgart.de
- **Udo Lutz**
Stuttgart-Süd · Kaltental · Botnang
Telefon: 07 11/60 33 52
E-Mail: udo.lutz@stuttgart.de
- **Andreas Reißig**
Obertürkheim · Uhlbach
Untertürkheim · Luginsland
Telefon: 07 11/33 58 91
E-Mail: andreas.reissig@stuttgart.de
- **Robert Thurner**
Stuttgart-Nord · Stammheim
Telefon/Telefax: 07 11/24 82 745
E-Mail: robert.thurner@stuttgart.de
- **Ariane Zürn**
Zuffenhausen · Rot
Telefon: 07 11/84 94 461
E-Mail: ariane.zuern@stuttgart.de



Die Stuttgarter Gemeinderatsfraktion



Hintere Reihe: Dr. Rainer Kußmaul · Robert Baumstark
Mittlere Reihe: Monika Wüst · Manfred Kanzleiter
Vordere Reihe: Dr. Roswitha Blind · Marita Gröger
Dr. Maria Hackl · Annette Sawade · Udo Lutz

Die Stuttgarter Müllabfuhr bleibt auch in Zukunft städtisch

Gemeinderat, Verwaltung und Personalvertretung haben sich im Oktober darauf geeinigt, die Müllabfuhr nicht zu privatisieren, sondern in städtischer Verantwortung zu belassen. Dies ist ein Sieg der Vernunft. Mit dieser Entscheidung wird bewiesen, dass kommunale Daseinsvorsorge wirtschaftlich möglich ist und zugleich ordentliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet werden können. Sogar die Gebühren werden sinken.

Die SPD-Fraktion im Stuttgarter Rathaus wehrt sich seit Jahren gegen die Ideologie der Marktradikalen aus CDU, FDP und Freien Wählern, die gebetsmühlenhaft behaupten, private Anbieter könnten Leistungen für die Bürger stets günstiger erbringen als die Stadt. Bei der Müllabfuhr wird wieder einmal der Gegenbeweis erbracht. Sowohl für öffentli-

che, wie auch für private Unternehmen gilt allerdings: Wer sich nicht erneuert und nicht ständig Anstrengungen un-



Tonnenweise Argumente gegen eine Privatisierung

ternimmt, sich weiter zu entwickeln, wird untergehen. In der Vergangenheit wurde manche kommunale Aufgabe nur deshalb ausgelagert, weil den städtischen Diensten im Wettbewerb gegen „Dumpingangebote“ keine Chance zur Entwicklung gegeben wurde. Inzwischen hat sich der Wind gedreht.

Von der Verwaltung kann immer öfter nachgewiesen werden, dass die städtischen Beschäftigten höhere Qualität und günstige Kosten für die Bürgerschaft in Einklang bringen können. Die verhinderte Privatisierung der Stuttgarter Müllabfuhr hat bereits Schule gemacht. Als Beispiel für verantwortliches kommunales Handeln hat sie Eingang in eine Studie des „Rats der Gemeinden in Europa“ gefunden. Die SPD-Fraktion fühlt sich bestätigt und gratuliert.

■ M. Kanzleiter

S21: Stiefkind von OB, DB und BW?



Rainer Kußmaul

In Stuttgart läuft seit fast zwei Jahren das wohl weltweit größte Negativbeispiel im Marketing eines höchst sinnvollen Großprojektes.

Wie konnte es passieren, dass vor zwei Jahren noch 60 % der Bürger das Projekt Stuttgart 21 befürworteten, in diesem Herbst die Zustimmung aber trotz unveränderter Faktenlage auf unter 40 % abgesunken ist?

Die Gegner des Projekts haben in höchst kreativer Weise immer neue Behauptungen gestreut, welche meist ohne großen Aufwand hätten widerlegt werden können. Doch die Bahn blieb völlig auf Tauchstation. Ja sie weigert sich nun sogar, den Gemeinderäten und der Öffentlichkeit in der derzeitigen Debatte um den neuen Hauptbahnhof Rede und Antwort zu stehen. Diese Arroganz ist für alle Demokraten zutiefst unerträglich. Das Land macht es nicht besser. Und was macht OB Schuster? Statt in die Bresche zu springen und alle in der

Stadt vorhandene Kompetenz für die positive Darstellung zu S21 einzusetzen, spielt er in diskreten Zirkeln einen mittelmäßigen Alleinunterhalter mit dem oben genannten Wirkungsgrad. Es gelingt ihm weder das Herz der Bürger noch deren Verstand anzusprechen.

Wie ist es möglich, dass die Gegner den neuen, elegant in den Park eingebetteten Bahnhof zu einem „Riesenwall“ hochstilisieren können, wo doch der heutige Schienenschrott als Parkzerstö-

rer über mehr als zwei Kilometer Länge die Stadt (noch!) in zwei Teile teilt. Wo sind die Visionen für ein neues Viertel mit Büros, Wohnungen und voll mit Kultur über die Bibliothek 21 hinaus? Es muss bald gelingen, eine Stimmung des Mitgestaltens aller an der Generationenaufgabe S21 zu erzeugen. Mit der überwältigenden Zustimmung des Bundestages im November und der wohl im Januar folgenden Unterzeichnung der nötigen Verträge ist der passende Zeitpunkt gekommen.

■ R. Kußmaul



S21: Statt Bahngleisen – die Renaissance des Parks

Erfolgreicher Einsatz gegen Kinderarmut



Marita Gröger

Kinderarmut und Stuttgart? Das passt dank der gezielten Maßnahmen der SPD-Gemeinderatsfraktion immer weniger zusammen.

In den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres haben wir als SPD-Fraktion Maßnahmen zur Linderung der Kinderarmut zum zentralen Thema gemacht.

Immerhin ist auch in Stuttgart jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Daher haben wir als Fraktion damals entschie-

den, ggf. der Finanzierung des Tunnels unter der Kulturmeile nicht zuzustimmen, wenn für die von uns beantragten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut keine Zustimmung erfolgt. Heute, ein Jahr später, können sich die erzielten Ergebnisse sehen lassen: Bereits umgesetzt wurde das 1-Euro-Mittagessen in Betreuungseinrichtungen und Schulen mit Cafeterien. Auch ein Ausbau von weiteren Schul-Cafeterien wird angestrebt. Familien von Schulanfängern werden rückwirkend für das laufende Schuljahr unbürokratisch finanzielle Unterstützung für notwendige Anschaffungen erhalten. Ebenso bekommen die Betreuungseinrichtungen und Schulen pro bonuscard-

berechtigtem Kind eine geldliche Unterstützung, um so eine rege Teilnahme der finanziell benachteiligten Kinder am schulischen Gemeinschaftsleben zu gewährleisten. Auch die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zur BonusCard wurden parallel zu den Einzelmaßnahmen erhöht, wodurch mehr Kinder aus sogenannten Schwellenhaushalten von einer Unterstützung profitieren können. Die SPD-Fraktion kann folglich mit dem vorliegenden Maßnahmenkatalog zufrieden feststellen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Was bleibt, ist die Sorge um so genannte Ballungszentren der Armut. Diese Regionen müssen künftig noch stärker in den Blick genommen werden.

■ M. Gröger

Stuttgarter Bildungspartnerschaft

Königsweg oder Rohrkrepiere?



Andreas Reißig

Ein Jahr alt ist sie jetzt, die „Stuttgarter Bildungspartnerschaft“, mit der die beiden maßgeblichen Sozialisationssysteme – Bildung einerseits und Betreuung

andererseits – miteinander in der Landeshauptstadt verzahnt werden sollen. Maßgeschneiderte Modelle aus einem Guss und unter Einbeziehung aller Beteiligten sollen entstehen, um Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und so optimale Bildungsbiographien zu ermöglichen. Nun stellt sich die Frage: Sind wir auf einem guten Weg?

Mit millionenschwerem Aufwand des städtischen Haushalts wurde ein neues Kompetenzzentrum eingerichtet. Pädagogische Verbünde werden gebildet, um die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schulen zu verbessern. Ein Qualitätsentwicklungsfonds wurde beschlossen, um Schulentwicklungsprozesse an Grundschulen zu unterstützen. So weit, so gut.

Doch leider schlägt immer mehr das zu Buche, was ich „das dreifache Zuständigkeitswirrwarr“ nennen möchte: Zum



© picturealliance

Die Stuttgarter Bildungspartnerschaft. Bereits auf dem Königsweg?

einen die tradierte Aufteilung der Systeme zwischen Jugendhilfe und Schule, zum zweiten die eingefahrenen Kompetenzen zwischen Stadt und Land und zum dritten die in Stuttgart vorhandene Verteilung der betreffenden Zuständigkeiten auf zwei Bürgermeisterreferate. So bestimmen Reibungsverluste, Abgrenzungsreflexe und zum Teil absurde Machtspielchen die Rathaus-Diskussionen – und nicht das Ringen um die besseren Konzepte und Maßnahmen. Das muss im Dienste der Sache aufhören!

Was wir brauchen, ist der Wille zu echter Zusammenarbeit; der Wille, sich in dieser Partnerschaft auf Gemeinsamkeiten und nicht auf Gemeinheiten untereinander zu fokussieren. Keine Frage: Wir brauchen den fachlichen Diskurs um die besseren Konzepte – aber nicht den Streit ums eigene Gärtchen. Nur so kann aus dem Stuttgarter Weg noch ein bildungspolitischer Königsweg für die Kinder und Jugendlichen der Landeshauptstadt werden. Ansonsten wird er ein Rohrkrepiere.

■ A. Reißig



Herausgeber (V.i.S.d.P.): SPD-Gemeinderatsfraktion Stuttgart · Manfred Kanzleiter, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion · Marktplatz 1 · 70173 · Stuttgart · Telefon: 0711-216-25 03
Redaktion: Thomas Walker · Tel.: 0711-216-32 32 · Dr. Maria Hackl · SPD-Fraktionsmitglied · Tel.: 0711-765 54 52
Gestaltung: www.eichert-design.de · Druck: Druckhaus Dresden GmbH · Bärensteiner Straße 30 · 01277 Dresden

Ihre Meinung interessiert uns...



■ Die Energie- und Wasserversorgung der Stadt Stuttgart wurden 2002 verkauft und der Erlös in Wertpapiere angelegt. Inzwischen strebt die EU eine weitere Liberalisierung an, die zu einer Verteuerung von Strom, Gas und Wasser führen kann.

1. Halten Sie die Energie- und Wasserversorgung für eine öffentliche Aufgabe?

☐ Ja ☐ Nein ☐ weiß nicht

2. Sind Sie dafür, dass die Energie- und Wasserversorgung wieder von der Stadt übernommen wird?

☐ Ja ☐ Nein ☐ weiß nicht

3. Sollen für den Rückerwerb Rücklagen der Stadt eingesetzt werden?

☐ Ja ☐ Nein ☐ weiß nicht

Gerne senden wir Ihnen weiteres Informationsmaterial per E-Mail zu.

☐ Ja, ich möchte Informationsmaterial. ☐ Nein, ich möchte kein Informationsmaterial.

E-Mail Adresse bitte eintragen

Das Umfrageergebnis wird Ende Januar 09 auf der Internetseite www.spd-fraktion-stuttgart.de veröffentlicht.

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerne würden wir von Ihnen erfahren, wie Sie zur Wasser- und Energieversorgung der Stadt Stuttgart stehen. Deshalb bitten wir Sie sehr herzlich, sich einige Minuten Zeit zu nehmen und uns die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

Absender

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

Email

Porto
zahlt
Empfänger

Antwort

**SPD-Gemeinderatsfraktion
Stuttgart · Geschäftsstelle
Marktplatz 1**

70173 Stuttgart